Nummer 254

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortlicher Leiter: Hauptteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil i.V. Dr. B. Jüger, Berlin-Steglitz; Kunst, Wissenschaft und Lokales F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Mittwoch, 3. Juni 1925

Morgen Ueberreichung der Entwaffnungsnote.

Sonnabend Veröffentlichung.

Nach Vereinbarungen zwischen dem englischen Botschafter, als dem ältesten der hier akkredierten Botschafter, und dem Auswärtigen Amt wird die Ueberreichung der Entwaffnungsnote nunmehr Donerstag Mittag erfolgen. Der Reichskanzler, an den die Note übergeben wird, trifft am Donerstag früh wieder in Berlin ein. Die Note selbst wird nach den gegenseitigen Vereinbarungen am Sonnabend früh gleichzeitig in der deutschen und ausländischen Presse veröffentlicht. Es handelt sich um ein ziemlich umfangreiches Schriftstück, dessen genaue Ueberatragung natürlich einige Zeit erfordert.

Englands Doppelspiel.

Die „verriegelte“ Tür der entmilitarisierten Zone steht offen!

London, 3. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Sicherheitsfrage: Wenn auch die Frage der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen und der Tschechoslowakei im Zusammenhange mit der entmilitarisierten Rheinzone eine Detailfrage sei, sei sie doch sehr wesentlich und es sei nicht überraschend, daß die französische Regierung sie bereits aufgeworfen habe und im Begriffe sei, ihre Ansichten in dieser Beziehung in einer für London bestimmten Note niederzulegen, die im Laufe der Woche zu erwarten sei. Es handle sich darum, daß die verriegelte Tür der entmilitarisierten Zone Frankreich (oder eventuell angesichts der Tatsache, daß der Pakt auf Gegenseitigkeit beruhe, auch Deutschland) offen stehen sollte. Diese Frage könne in verschiedener Weise geregelt werden, nämlich

a) im Zusammenhange mit besonderen schiedsgerichtlichen und Schlichtungsverträgen, die zwischen Deutschland und seinen Nachbarn abzuschließen wären,

b) durch die in der Völkerbundsatzung vorgesehene Methode der Regelung von Streitigkeiten, oder

c) durch ein besonderes Verfahren, welches in dem Pakte dargelegt wird und welches die Rechte und Verantwortlichkeiten der Unterzeichner regeln würde.

Mit anderen Worten, der Schlüssel zur Tür würde sich nicht in der Hand eines einzigen Treuhänders befinden, sondern im Einklang mit der Gerechtigkeit benutzt werden. Wenn z. B. die Deutschen sich weigern würden, einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zuzustimmen oder sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, und einen ihrer östlichen Nachbarn planmäßig angreifen, dann würde England zwar beiseite stehen, aber der freie Durchmarsch der französischen Truppen durch die entmilitarisierte Zone würde voraussichtlich auf keinen britischen Widerstand stoßen. Wenn aber Polen gegen die Satzungen verstoße, so würde die entmilitarisierte Zone zweifellos unpassierbar bleiben. Die Bedingungen der französisch-polnischen Militärkonvention, die bisher geheim gehalten worden seien, würden daher möglicherweise einer Aenderung unterzogen werden müssen, um sie mit dem neuen Pakt in Uebereinstimmung zu bringen.

Frankreich stimmt dieser „Lösung“ natürlich zu.

London, 3. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, das französische Außenministerium habe seinen Entwurf der Note an Deutschland über den Sicherheitsplan fertiggestellt, deren Text sich sehr eng an das britische Memorandum halte. Briands Beschluß, die britische Fassung des Paktes anzunehmen, werde bekräftigt durch die Tatsache, daß in Paris keine große Opposition gegen diese Fassung erhoben wurde. Hervorragende politische Schriftsteller aus dem nationalistischen Lager seien jetzt bereit, sie anzunehmen als Höchstmaß dessen, was Frankreich je von Großbritannien erhoffen könne. Die französische Regierung habe in London klar gelegt, daß die Annahme der britischen Auffassung des Paktes sich auf von der britischen Regierung erhaltene Zusicherungen gründe. Der Pakt könne unter keinen Umständen so ausgelegt werden, daß er Frankreich hindere, in ehrenhafter Weise seine Verpflichtungen aus den mit Polen und Tschechoslowakei abgeschlossenen Verträgen zu erfüllen, die Deutschland bekanntgegeben werden sollen, wenn es den Pakt unterzeichnet. Auf der anderen Seite sei die französische Regierung nicht der Meinung, daß die Neutralität des Rheinlandes angegriffen werden könne, wenn die militärischen Operationen infolge Unterstützung Polens und der Tschechoslowakei durch Frankreich durch deutsches Gebiet getragen werden sollten.

•

Jules Sauerwein gibt im „Matin“ eine Darstellung des Standes der englisch-französischen Einigungsverhandlungen, die sich mit den obigen Ausführungen des „Daily Telegraph“ deckt.

Deutschland wünscht die Einberufung einer deutsch-alliierten Sicherheitskonferenz.

TU **Berlin**, 3. Juni.

In der englischen Presse wird neuerdings wieder die Teilnahme Deutschlands an einer Konferenz mit den Alliierten über die Sicherheitsfrage erörtert. „Westminster Gazette“ will sogar wissen, daß die deutsche Regierung der Entente einen dementsprechenden Vorschlag gemacht haben solle, da nach deutscher Ansicht viele der Einwände gegen den Sicherheitspakt am besten durch eine offene Aussprache beseitigt werden könnten. Daß der Plan in Berlin entstanden sei, sei für die Alliierten durchaus kein Grund, ihn abzulehnen, zumal die Verhandlungen über den Dawesplan den Vorteil einer solchen Konferenz bewiesen hätten.

Wie die Telegraphen-Union zu diesen Presseäußerungen an hiesiger unterrichteter Stelle erfährt, ist zwar der offizielle Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz zwischen den Alliierten und Deutschland über die Sicherheitsfrage noch nicht gemacht worden, doch sei von deutscher Seite in inoffiziellen Unterhaltungen wiederholt der Wunsch nach offener Aussprache in einer deutsch-alliierten Zusammenkunft geäußert worden.

Russische Inszenierung der Wirren in China?

Eingreifen der fremden Mächte.

EP **London**, 3. Juni.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß auch 50 italienische Matrosen bereits ausgeschifft worden seien. Die Ausschiffung von englischen und japanischen Matrosen stehe bevor. Die Unruhen haben sich während des gestrigen Tages noch verschärft. Der Gemeinderat hat in Anbetracht der kritischen Lage beschlossen, die Lebensmittelversorgung der Stadt in seine Hände zu nehmen. Es geht vielfach das Gerücht um, daß die Unruhen von russischen Bolschewisten verbreitet wurden. Mehrere Russen wurden festgenommen. Bei Zusammenstößen zwischen den fremdenfeindlichen Chinesen und den Behörden sind neuerdings sechs Chinesen getötet und zahlreiche andere verletzt worden. **Die Polizei läßt Panzerautos, mit Maschinengewehren ausgerüstet, durch die Straßen patrouillieren. Im Verlaufe eines Kampfes in der Nähe einer Tanzdiele sind zwei Ausländer verletzt worden. 200 Chinesen wurden festgenommen. Die meisten feindlichen Kundgebungen sind gegen die Engländer und Japaner gerichtet.**

Nach einer Meldung des Washingtoner Staatsdepartements hat der amerikanische Gesandte in Shanghai mit den übrigen ausländischen Vertretern die nötigen Anweisungen getroffen, um 2000 Matrosen der ausländischen Kriegsschiffe auszuschiffen. Aus einem amerikanischen Kriegsschiff sind bereits 500 Mann an Land gegangen. In Shanghai befinden sich gegenwärtig 3 amerikanische Zerstörerboote und 1 amerikanisches Kanonenboot, 2 japanische Kanonenboote, 1 französischer Kreuzer und 1 französisches Zerstörerboot, 1 englisches Kanonenboot und 1 englischer Kreuzer.

Japan warnt China.

EP **London**, 3. Juni.

Nach einer Meldung aus Tokio hat die japanische Regierung beschlossen, eine ernste Warnung an die Pekinger Regierung zu richten und diese aufzufordern, die Ordnung in Shanghai wieder herzustellen. Die Note wird erklären, daß Japan anderenfalls entschlossen ist, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der japanischen Staatsangehörigen zu beschützen. In japanischen politischen Kreisen befürchtet man vielfach, daß die gegenwärtigen Unruhen in eine ähnliche Krise ausarten werden wie seinerzeit der Boxeraufstand im Jahre 1900.

Eine chinesische Protestnote gegen das Vorgehen der fremden Mächte.

TU **London**, 2. Juni.

Einer Reutermeldung zufolge hat das chinesische Kabinett **heute beschlossen, das Auswärtige Amt mit der Ausarbeitung einer Note an das diplomatische Korps zu beauftragen, um gegen das Vorgehen der Shanghaier Polizei, die auf die Streikenden in Shanghai geschossen hat, zu protestieren. Zwei Regierungskommissare werden sofort nach Shanghai fahren, um die Angelegenheit zu untersuchen.**

Nach einer weiteren Londoner Meldung ist die Note bereits dem diplomatischen Korps überreicht. In dieser Note wird die Freilassung der arretierten Streikenden und Entschädigung für die Getöteten sowie Bestrafung der Verantwortlichen verlangt. Eine Versammlung der Konsuln ist zur Prüfung der Note einberufen worden. Die Angeklagten sind heute vor dem Distriktsgerichtshof erschienen und teilweise gegen Bürgschaft freigelassen worden. Der Gerichtshof war durch starke Polizeimannschaften gegen alle Möglichkeiten von Ruhestörungen gesichert. Die Lebensmittelmärkte waren heute geschlossen.

Das chinesische Chaos.

TU **London**, 3. Juni.

Die „Times“ berichten aus Peking: Die Ankunft Tschangtsolins in Tientsin und die Ankündigung, daß drei Brigaden seiner Truppen nach Peking kommen, um die entsprechende Anzahl von Truppen Feng Yu Siangs zu ersetzen, hat in China allgemeines Interesse erregt. Allgemein sieht man in dieser Maßnahme einen Beweis für die Unzufriedenheit des mandschurischen Machthabers mit seinem Einfluß auf die Zentralregierung in Peking. Feng Yu Siang findet sich indessen mit der neuen Lage ohne weiteres ab.

Die Zustände auf der Tientsin-Fukow-Bahn sind chaotisch. Der größte Teil des Wagenmaterials ist auf der nördlichen Strecke in Schantung konzentriert und hat nach Belieben der örtlichen Kommandanten zum Transport von Truppen bereit zu stehen. Diese Truppenführer ihrerseits erheben Zölle vom Transitverkehr, und die Aufrechterhaltung des Betriebes der Bahn stößt auf die größten Schwierigkeiten.

Sofia von der Außenwelt abgeschlossen.

Aufdeckung neuer bolschewistischer Verschwörerpläne?

TU **Belgrad**, 3. Juni.

Reisende, die von der bulgarischen Grenze kommen, teilen mit, daß Sofia seit gestern morgen von der Außenwelt vollständig abgeschlossen sei. Kein Mensch dürfe in die Stadt hinein oder aus der Stadt heraus. Auf den Straßen patrouillieren Reserveoffiziere und Unteroffiziere mit weißen Armbinden, dem Abzeichen ihrer Zugehörigkeit zu dem Verein der Reserveoffiziere. Um acht Uhr morgens fuhr ein Offizier der Stadtkommandantur im Auto bei allen Gesandtschaften vor und übergab für die Angehörigen der verschiedenen Gesandtschaften Passierscheine, die zu freiem Verkehr in der Stadt ermächtigten. Alle Geschäfte mit Ausnahme der Apotheken und der Bäckerläden sind geschlossen. Die gestrigen Morgenblätter sind nicht erschienen. Ueber die Ursachen dieser außergewöhnlichen Maßnahmen verlautet, daß sie

im Zusammenhang mit der Entlassung jener 10 000 Mann Miliz

stehen, zu deren Einberufung die bulgarische Regierung nach dem Attentat in der Kathedrale von der Botschafterkonferenz ermächtigt worden ist, und die nunmehr nach dem Entschluß der Botschafterkonferenz sofort entlassen werden müssen. Den Behörden soll zur Kenntnis gekommen sein, daß eine Anzahl Verschwörer sich in Sofia verborgen hält, weshalb sie vor der Entlassung der Miliz in der Stadt Haussuchungen vornehmen lassen. Nach einer anderen Auffassung sind die außerordentlichen Maßnahmen des Militärkommandos mit einem neuen Attentatsversuch auf den König Boris in Zusammenhang zu bringen. Mehrere Personen, die an dem Attentatsversuch vor einigen Wochen beteiligt waren, sollen sich in Sofia aufhalten.

Sofia, 3. Juni.

In Hinsicht der heute abend zur Entlassung kommenden 10 000 Milizsoldaten sind von der Regierung die nötigen Anordnungen bereits getroffen worden.

Das italienische Staatsbudget.

Rom, 3. Juni.

In der heutigen Kammersitzung sprach Finanzminister Stefani über den Etat. Er führte aus, daß die Staatsschuld bis zum 30. September 1923 den Höchststand von 96 Milliarden 526 Millionen erreichte und bis zum 30. April 1925 auf rund 91 Milliarden 8 Millionen herabging, also um 5 Milliarden 518 Millionen sank. Das Verhältnis zwischen der schwebenden Schuld und der gesamten inneren Schuld sank von 38,84 Prozent (Stand von 31. Oktober 1922) auf 30,58 Prozent (Stand vom 30. April 1925).

Der Finanzminister erläuterte sodann die Wirkungen der Zusatzsteuer und kündigte energische Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lage in Süditalien an. Hinsichtlich des Banknotenumlaufs bemerkte er, daß dieser seit den ersten Monaten des Jahres 1925 systematisch zurückgegangen und von 20 Milliarden 514 Millionen am 31. Dezember 1924 auf 19 Milliarden 441 Millionen bis zum 20. Mai 1925 gesunken sei. Auf dem Kopf der Bevölkerung entfielen am 31. Oktober 1922 544 Lire, am 31. Dezember 1923 517 Lire, am 31. Dezember 1924 514 Lire und am 30. April 1925 496 Lire. Das Verhältnis des Banknotenumlaufs zum Wert der italienischen Lira darf nicht ungünstig beurteilt werden. Es muß in diesem Zusammenhang indessen bemerkt werden, daß der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, der während der ersten vier Monate des Jahres 1924 eine Milliarde 466 Millionen betrug, während der ersten vier Monate des Jahres 1925 auf 3 Milliarden 742 Millionen stieg. Diese Verschlechterung der Handelsbilanz um 2 Milliarden 276 Millionen ist zurückzuführen auf die Preise der eingeführten Waren und auf die starken Getreideeinfuhren, die notwendig waren, um den Ausfall in der inländischen Erzeugung auszugleichen. Diesen vorübergehenden Schwierigkeiten, die durch das schwankende Verhältnis zwischen Auslandsschulden und uslandskrediten hervorgerufen werden, stehen gegenüber ein wohlfundiertes Budget und die Tatsache, daß der Banknotenumlauf künftig vermindert werden kann und daß die Schuld stufenweise sinken wird. Die Aussichten für die nächste Getreideernte sind günstig. Sie wird um einige Millionen Zentner größer sein als eine mittlere Durchschnittsernte. Außerdem muß der außerordentliche Fremdenzustrom mit als Aktivum in die Berechnungen eingestellt istt.

Hinsichtlich der Eröffnung des Morgankredites erklärte der Finanzminister: Die Bedingungen dieser Operation, die durch den Staatsschatz garantiert wird, entsprechen vollkommen dem Ansehen und dem Kredit Italiens. Es handelt sich nicht um die Eröffnung eines Kredites, der irgendwie zur Eingehung einer Schuld führen soll, noch um eine endgültige Geldanlage, die im übrigen verfrüht wäre, weil die dazu nötigen inneren und internationalen Vorbedingungen fehlen würden. Die Leichtigkeit, mit der die Operation ausgeführt wurde, zeigt, daß die Umsicht im Gebrauch von Krediten solche in Augenblicken verfügbar macht, wo sie für nationale Ziele vorteilhaft verwendet werden können.

Die Verhältnisse auf dem Geldmarkt ließen es der Regierung angezeigt erscheinen, den Diskontsatz von 6 auf 6½ Prozent zu erhöhen, indem sie ihn ab heute mit dem Satz für Darlehen gleichsetzte, und angesichts der entsprechenden Bewegung auf den größten Märkten den Zinssatz für Schatzscheine von 4½ auf 5 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung hat angesichts der erzielten Verminderung der Schuld keine Bedeutung für das Budget.

Der österreichisch-russische Zwischenfall.

Die österreichische Oeffentlichkeit war in der Pfingstzeit beunruhigt durch einen Streitfall, der zwischen der österreichischen Regierung und der Sowjetregierung sich ereignet hatte, und der vorübergehend den Anschein erweckte, als ob er zu ernsthaften Mißhelligkeiten führen könne. Der österreichische Außenminister Dr. Mataja hatte sich Anfang voriger Woche in einer Rede mit sehr heftigen Worten gegen die Tätigkeit der bekannten Agitationszentrale ausgesprochen, die die kommunistische Internationale in Wien zwecks Bearbeitung von Mittel- und Südwest-Europa unterhält. Er hat auch leise den Verdacht geäußert, daß zwischen dieser bolschewistischen Propagandazentrale und der Wiener Sowjetbotschaft eine Verbindung bestände. Diese Aeußerung, zu der der Wiener Außenminister nach den üblen Erfahrungen, die wir selbst in Berlin in jener Beziehung gemacht haben, unseres Erachtens durchaus berechtigt war, hat die russische Regierung zu einer Aktion gegen die österreichische Regierung veranlaßt. Die Bolschewisten beschwerten sich feierlich bei der österreichischen Regierung und ließen die Drohung einfließen, daß der Zwischenfall unangenehme Wirkungen für die auf Rußland angewiesenen Teile der österreichischen Exportindustrie haben könne, wenn die österreichische Regierung nicht entsprechende Erklärungen abgäbe. Die bolschewistische Aktion führte zu Besprechungen zwischen dem österreichischen Außenminister und dem Geschäftsträger der Sowjetrepublik. Der Verlauf der Besprechungen ließ erkennen, daß die streitenden Parteien zu einer gütlichen Einigung kommen würden. Da griff die österreichische Sozialdemokratie in die Angelegenheit ein und machte durch einen Vorstoß im Nationalrat die Sache der Bolschewisten zu der ihrigen. Die Sozialdemokraten schickten ihre prominentesten Redner, die Abgeordneten Bauer und Dr. Renner vor, die in ausführlichen Reden eine dringliche Anfrage ihrer Partei begründeten. Bauer und Renner nahmen sich mit einem Eifer, der einer wichtigeren Sache würdig gewesen wäre, der bolschewistischen Interessen an und überhäuften den Außenminister mit demagogischen Vorwürfen, weil er „ohne jeden zwingenden Anlaß einen Konflikt mit einer Macht heraufbeschwor, mit der wir keinerlei Reibungsflächen in der Welt haben.“ Rußland sei in maßloser Weise provoziert worden. Oesterreich stehe vor völliger Beschäftigungslosigkeit, die Russen ihre Drohungen ausführen würden. Der Außenminister hatte in dieser Nationalratsdebatte Mühe, sich des konzentrierten Angriffes der Sozialdemokratie zu erwehren.

Die sozialdemokratische Aktion hatte den Erfolg, daß die Bolschewisten, froh einen Bundesgenossen zu finden, der sich als päpstlicher erwies als der Papst, sich wieder auf die Hinterbeine stellten und volle Demütigung von der österreichischen Regierung verlangten. Diese Demütigung ist jetzt erfolgt. Aus Wien wird gemeldet:

Das Bundeskanzleramt, Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten, hat heute an sämtliche in Wien akkreditierten ausländischen Vertretungen eine Zirkularnote in der Angelegenheit des österreichisch-russischen Zwischenfalles verschickt. In dieser Note wird gesagt, daß Außenminister Dr. Mataja in seiner bekannten Enunziation über die Kommunistenzentrale in Wien jede theoretische Möglichkeit einer evtl. Verwendung des Sowjet-Apparates für Propagandazwecke der kommunistischen Internationale im Auge hatte, da sich in der Praxis irgendwelche Anstände in dieser Richtung nicht ergeben haben. Angesichts dieses Zirkularschreibens bezeichnet die hiesige Sowjet-Gesandtschaft „aufgetauchte Mißverständnisse als vollkommen aufgeklärt“.

Die österreichische Regierung kann sich bei der Sozialdemokratie für diesen Dienst bedanken, der ein echter sozialistischer Freundschaftsdienst an den kommunistischen Brüdern gewesen ist. Die innerliche Verbindung zwischen der zweiten und dritten Internationale hat sich hier glänzend bewährt.

Zur Sache selbst ist zu sagen, daß, wie schon oben angedeutet, der österreichische Außenminister mit seinen Feststellungen und Andeutungen über die Tätigkeit der bolschewistischen Propagandazentrale in Wien und ihre Verbindung, nicht nur mit der Komintern, sondern auch mit der russischen Regierung, selbstverständlich vollkommen im Recht gewesen sein wird. Bevor die bolschewistische Propagandazentrale nach Wien übersiedelte, hatten wir bekanntlich in Berlin das zweifelhafte Vergnügen, diese Filiale der Moskauer Exekutive in unseren Mauern zu beherbergen. Der Zwischenfall mit der russischen Handelsvertretung, der wirksame Schutz, den diese russische amtliche Instanz dem flüchtigen deutschen Kommunisten Bozenhard hatte angedeihen lassen, hatte bekanntlich mancherlei über die Berliner Tätigkeit der Zentrale und über ihre Zusammenhänge mit der diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung aufgedeckt, zugleich aber auch das Gute an sich gehabt, daß die Moskauer Exekutive die Uebersiedlung dieser ihrer hauptsächlichsten Auslandsfiliale von Berlin nach Wien anbefahl. Die Angelegenheit war auch ohne die ergänzenden Enthüllungen, die dann viel später der Leipziger Kommunistenprozeß noch brachte, für die sowjetrussische Regierung kompromittierend genug, um den Wirkungskreis der Propagandazentrale